

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 160. Ratssitzung vom 16. Januar 2013

3512. 2011/428

**Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Ruggero Tomazzoli (SVP) vom
16.11.2011:**

**Ergänzung der Abstimmungszeitung mit den Empfehlungen der im Gemeinderat
vertretenen Fraktionen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Martin Bürlimann (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1980/2011): Das Ziel des Postulats ist es, den Stimmberechtigten bessere Informationen zu ermöglichen. In den Abstimmungsunterlagen werden jeweils auch die Positionen des Stadt- und Gemeinderats in Kürze dargestellt. Für die Wählerinnen und Wähler wäre die Information über die Unterstützung oder Ablehnung der einzelnen Parteien ebenfalls von Interesse. Es ist nicht die Absicht, Parteientscheidungen von Delegiertenversammlungen eine neue Plattform zu bieten. Es soll sich ausdrücklich nicht um Wahlwerbung handeln, sondern darum die Abstimmungen des Gemeinderats transparenter zu machen. Das Postulat trägt somit zur Transparenz gegenüber der Stadtbevölkerung bei und erleichtert die Meinungsfindung der Stimmberechtigten.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Das Stimmverhalten der einzelnen Parteien kann beispielsweise mithilfe des Internets ermittelt werden. Die fristgerechte Abgabe der Fraktionserklärungen kann mit Schwierigkeiten verknüpft sein, beispielsweise sind manchmal Parteiparolen zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht bekannt. Zudem können Fälle auftreten, in denen die Positionen der Fraktionen und der Parteien nicht übereinstimmen. Dies kann zu Unsicherheiten führen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Martin Mächler (EVP):** Es geht nicht darum, dass die Parteiparolen in die Abstimmungszeitung aufgenommen werden sollen. Es geht nur darum, dass in denjenigen Fällen, in denen das Abstimmungsverhältnis aus dem Gemeinderat angegeben wird, zusätzlich angegeben werden soll, welche Parteien für die Umsetzung des Anliegens waren und welche dagegen. Um dies zu präzisieren haben wir einen Textänderungsantrag. Für manche Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist es eine Herausforderung, diese Angaben im Internet aufzufinden.*

Michael Baumer (FDP): Zunächst schien mir das Anliegen des Postulats sinnvoll. Jedoch sind einige Fragen zur Umsetzbarkeit offen. Es soll nicht um Partei-, sondern um Abstimmungsparolen gehen. Jedoch ist es so, dass die Parteiparolen jeweils von der Parteibasis bestimmt werden und manchmal kommt es diesbezüglich zu Meinungsunterschieden zwischen Parteibasis und Fraktion. Vor diesem Hintergrund ist es befremdlich, wenn in den offiziellen stadträtlichen Abstimmungsunterlagen die abweichenden Fraktionsparolen veröffentlicht werden und die Parteiparolen keine Berücksichtigung finden. Ausserdem kommt es manchmal vor, dass ein Mitglied des Gemeinderats nicht gemäss der Fraktionsparole abstimmt. Diesem abweichenden Abstimmungsverhalten einzelner Parteimitglieder müsste ebenfalls Rechnung getragen werden. Bei einer konsequenten Umsetzung müssten somit die Namenslisten der Abstimmungen veröffentlicht werden. In den Abstimmungszeitschriften können auch Minderheitspositionen, die von mindestens fünfzehn Ratsmitgliedern vertreten werden, abgedruckt werden. Wir lehnen dieses Postulat ab.

Markus Knauss (Grüne): Das Postulat ist sprachlich nicht eindeutig formuliert. Es wird beispielsweise von Fraktionen und parlamentarischen Gruppen sowie von Parteien geschrieben. Jedoch sind auch mit den Parteien eigentlich die Fraktionen gemeint. Wenn eine Fraktion nicht einheitlich abstimmt, kann dies auch durch eine Angabe der Stimmenverteilung verdeutlicht werden, die Namenslisten sind hierfür irrelevant. Die Parteiparolen können von den Fraktionsparolen abweichen. Selbstverständlich können die Stimmberechtigten die Informationen auch eigenständig ausfindig machen, aber diese Informationen können auch direkt zur Verfügung gestellt werden.

Hans Urs von Matt (SP): Bei Abstimmungen ist die Abstimmung im Rat nur ein Faktor, der relevant für die Volksabstimmung ist. Auch Parteien, die an den Delegiertenversammlungen die entscheidenden Parolen fassen, sind relevant. Es ist Aufgabe der Medien, Berichterstattung aus dem Rat zu betreiben.

Dr. Davy Graf (SP): Gemäss Gemeindeordnung sollen die Mitglieder des Gemeinderats ohne Instruktionen abstimmen. Die Mitglieder des Gemeinderats sind somit keiner Fraktionsmeinung gegenüber verpflichtet und können so abstimmen, wie sie wollen. Selbstverständlich finden im Vorfeld Absprachen statt. Es ist nicht zweckmässig, dieses Abstimmungsverhalten der Mitglieder des Gemeinderats in den Abstimmungsunterlagen zu veröffentlichen.

Philipp Käser (GLP): Wir schliessen uns der Meinung der FDP an. Ein korrektes Stimmungsbild ist nicht durch das Abstimmungsverhalten von Fraktionen, sondern durch die Auflistung des Abstimmungsverhaltens von Personen darzustellen.

Niklaus Scherr (AL): Es handelt sich um eine Information, die nützlich sein kann. Die Berichterstattung der Presse ist in Bezug auf den Gemeinderat sehr dürftig. Die einzige sinnvolle Möglichkeit zur umfassenden Information sind die Abstimmungsunterlagen. Zudem könnten die Parteiparolen, sobald sie von den Parteien beschlossen wurden, im Internet gebündelt mit den Abstimmungsinformationen aufgeschaltet werden.

3 / 3

Urs Fehr (SVP): *Nicht alle Stimmberechtigten besitzen einen Zugang zum Internet. Auch diese Personen haben ein Anrecht auf Informationen und sollten das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen erfahren dürfen.*

Martin Bürlimann (SVP): *Die Textänderung nehmen wir an. Es geht nicht um Partei-, sondern um Fraktionsempfehlungen. Die Abstimmungszeitschrift ist eines der wichtigsten Hilfsmittel bei der Meinungsbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Es kommt sehr selten vor, dass Fraktionen bei Abstimmungsvorlagen nicht einheitlich abstimmen.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Empfehlungen in den Abstimmungszeitungen zu den Sachvorlagen mit den Empfehlungen der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und parlamentarischen Gruppen ergänzt werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 47 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat